

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 135

Donnerstag, den 19. Mai 1938

Jahrgang 1938

Hilfe für Österreichs Landwirtschaft.

Reichsbeihilfen für Wasserbau- und Landeskultur. — Einsatz des RAD.

Reichsnährstandsgesetz gilt auch für die Ostmark.

DNB Berlin, 18. Mai.

Durch die im Reichsgesetzblatt heute veröffentlichte Verordnung zur Inkraftsetzung des Reichsnährstandsgesetzes im Lande Österreich sind das Reichsnährstandsgesetz und die ersten drei über den Aufbau des Reichsnährstandes ergangenen Aufbauparagraphen nebst ihren späteren Ergänzungen für das Land Österreich in Kraft gesetzt worden. Damit hat der Aufbau des Reichsnährstandes auch für das Land Österreich seine rechtliche Grundlage erhalten.

Der Reichsnährstand umschließt hiernach in Österreich ebenso wie bisher im Altreichsgebiet alle diejenigen Personen, die in der Landwirtschaft tätig sind, ferner die landwirtschaftlichen Genossenschaften und diejenigen Personen und Betriebe, die mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen handeln oder landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeiten (Reichsnährstand-Handel, Reichsnährstand-Industrie, Reichsnährstand-Handwerk). In die Stelle der bisherigen österreichischen Landwirtschaftskammern und Bauernvereine tritt der Reichsnährstand. Zugleich ist in Österreich in der gleichen Weise wie im Altreichsgebiet die Möglichkeit gegeben, diejenigen Vereine und Verbände, die die wirtschaftspolitische und geistige Förderung sowie die Wahrung der Belange der in der Landwirtschaft tätigen Personen oder des Reichsnährstandes zum Zwecke haben, einzugliedern, anzuschließen oder aufzulösen.

Hiermit hat der gesamte Nährstand des Reiches seine einheitliche rechtliche Zusammenfassung und einheitliche rechtliche Zielsetzung erhalten.

Durch die Verordnung ist die rechtliche Grundlage geschaffen, den Reichsnährstand im Lande Österreich in gleicher Weise wie im Altreichsgebiet für die landwirtschaftliche Erzeugung und für die Versorgung des deutschen Volkes mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln einzuführen und das deutsche Bauern- und Landvolk zu erhalten und zu heben.

Das Reichsnährstandsgesetz schafft weiter die Grundlage, auch in Österreich die landwirtschaftliche Marktordnung einzuführen und damit die Maßnahmen zu treffen, die zur Sicherung unserer Volksernährung notwendig sind.

Großzügige Maßnahmen zur landwirtschaftlichen Ertragssteigerung.

DNB Berlin, 18. Mai.

Die mit dem Aufbau der deutschen Ostmark verbundenen Inanspruchnahme von wertvollem Ackerland und der erhöhte Bedarf an Nahrungsmitteln für Hunderte von Menschen haben die Reichsregierung zu weitreichenden Maßnahmen veranlaßt.

Als Reichsminister im Mai des Jahres 1935 gestorben und in der Kataster-Königsgrube mit kaiserlichen Ehren beigesetzt war, da begann man bei Kaiserin Elisabeth für den großen Toten zu errichten, zu dem das ganze Volk beizugehen sollte. Aus ganz Polen, aus allen Landesteilen wurde Erde zusammengetragen und zu einem Ehrenmal gesammelt, Bauern und Arbeiter, Bürger, Generale und Minister errasteten die Schaulust und trugen ihr Teil zum gemeinsamen Werke bei. Der Hügel wuchs, beherstete allmählich die Landschaft und wurde zum Symbol polnischer Macht und Einheit.

Von einem ähnlichen Gedanken mag Oberst Koc ausgegangen sein, als er im Jahre 1936 begann, eine Organisation des gesamten Polentums zu schaffen. Aus den Trümmern und Abfallstücken der alten Parteien wollte er das Lager der nationalen Einigung errichten. Und es gelang ihm in der Tat, Menschen zu sammeln und Siffern auf Ziffern zu häufen, aber die Rechnung ging nicht auf. Es war eben kein totes Material, das er zusammenfügte, sondern Menschen mit Schwächen und Sonderwünschen, Menschen mit einer politischen Vergangenheit, die sie nicht auslöschen konnten und meist auch gar nicht auslöschen wollten. Ein Erdbeben nach dem anderen trat ein, der ideale Hügel der nationalen Einigkeit fiel immer wieder auseinander, so sehr man sich bemühte, die Klisse zu verstopfen. Oberst Koc trat von der Zeitung des Lagers zurück und machte einem neuen Mann Platz, dem General Szwarczyński, dessen Persönlichkeit jedenfalls den Vorteil für sich hatte, daß sie politisch nicht abgetempelt und nicht vorbelegt war. Sein Start war schon nicht sehr glücklich, insofern, als er, um gewinnbringenden Gewinnern auf der rechten Seite den Wind aus den Segeln zu nehmen, eine merkwürdige und reichlich chauvinistische Antrittsrede hielt, in der er die Notwendigkeit der Stärkung Polens mit Machtgefühlen des „Erbschindes im Westen“ begründete.

Es ist übrigens kennzeichnend für die politische Bewertung des Lagers der nationalen Einigung, das der Volksmund durch Zusammenstellung der Anfangsbuchstaben seines Titels „Ozon“ benennt, daß diese offizielle Entgehnung, die auch von der offiziellen Nachrichtenagentur sofort unterdrückt wurde, keinerlei nachteilige Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis hatte. Die Entwicklung des „Ozon“ vollzieht sich abseits der offiziellen Regierungsgeschäfte. Das Lager ist wohl die Grundlage der Regierung sein und ihr dem Volke gegenüber die Legitimation zur Ausübung der Herrschaft geben; es ist aber nicht in der Lage, der Regierung irgendwelche Richtlinien für ihre innen- und außenpolitische Haltung zu erteilen. Deshalb ist auch die Stellung des Führers dieses Lagers recht problematischer Natur. Als Oberster Führer der Nation gilt auch weiterhin der Marschall Rydz-Smiały, Generalinspektor der Armee und „erster Faktor im Staat nach dem Staatspräsidenten“. Man sagt, daß er Oberst Koc seinerzeit beauftragt habe, man lasse auch, daß er hinter dem Lager der nationalen Einigung stehe. Aber er identifiziert sich nicht damit, er steht oder fällt nicht, wenn das Lager steht oder fällt.

Neben diesem System des überparteilichen „Ozon“ gibt es das alte Parteienwesen weiter, das auch von der Regierung gebildet wird und natürlich ununterbrochen verläuft, im „Ozon“ Störungen herbeizuführen, Teile davon abzuspalten oder eigene Leute hineinschicken, die dort als Sprengkörper wirken sollen. So ist der Ausschuß des Lagers des Jungen Polen unter Führung Kutowski zu verstehen, der leinzeit von Oberst Koc aus den Kreisen der Reichsopposition herübergeholt wurde. Die Parteien liegen nun dauernd auf der Lauer, und jeder, der aus dem „Ozon“-Lager zu ihnen herüberkommt, wird mit großer Begeisterung begrüßt. Solchem Gegenstand haben sich so fort in einander verknüpft. Im „Ozon“ steht und steht man, diesem Rücken auf, während die Welt zusammenkommt. Die eine Gruppe, zu der auch General

vertausende von Volksgenossen mit ihren Familien, die durch diese Maßnahmen wieder in Arbeit gebracht werden, erfordert den Einsatz aller Mittel, um die Erträge aus dem landwirtschaftlich genutzten Boden zu sichern und zu steigern.

450 000 ha Ackerland bedürfen in Österreich noch der Ent- und Bewässerung. Von 17 000 Ortschaften sind noch 11 000 ohne zentrale Wasserversorgung. Häufig fehlen nicht nur die Wege zur ordentlichen Bewirtschaftung der Grundstücke, sondern auch die Anschlüsse der Höfe und der landlichen Ortschaften an das Verkehrsnetz.

Für den Wiederaufbau der österreichischen Landwirtschaft hat die Reichsregierung auf Veranlassung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, R. Walther Darré, und auf Grund eines umfassenden Planes, den der österreichische Minister für Land- und Forstwirtschaft, Landesbauernführer Reithaller, vorgelegt hat, eine Reihe großzügiger Hilfsmassnahmen ergriffen. Die Arbeiten des Wasserbaues und der Landeskultur sind einer der wichtigsten Punkte dieses Aufbauprogramms, über das bereits ein Gesamtüberblick veröffentlicht worden ist. Ein wesentlicher Teil der vom Reichsfinanzminister auf Antrag des Reichsernährungsministers dem Lande Österreich zur Verfügung gestellten Mittel (34,7 Millionen RM) entfällt auf diese landeskulturellen Maßnahmen.

Der von den österreichischen Stellen beschleunigt durchzuführende Plan sieht auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft und Landeskultur in allen ehemaligen Bundesländern Österreichs zahlreiche Schutz- und Regulierungsarbeiten an Gewässern, Wildbach- und Lawinenerosionen, Ent- und Bewässerungen, Wasserversorgungsanlagen ländlicher und kleiner städtischer Gemeinden, Umlegungen und den Bau von Alpenaufstiegen, Auftriebs- und Güterwegen vor. Um dem Lande Österreich, seinen ehemaligen Bundesländern, den Gemeinden, den Bauern und Landwirten die Durchführung dieser auf Jahre sich erstreckenden Arbeiten zu erleichtern, hat das Reich zur Verstärkung der österreichischen Haushaltsmittel folgende Beihilfen bereitgestellt:

1. Für Verbindungswege von den Berghöfen 6,33 Millionen RM.
2. Für Abführung von Dienstbarkeiten auf Wald und Weide (agrarisches Operationen) 1 Million RM.
3. Für Meliorationen einschließlich Wildbachregulierungen 14 Millionen RM.

Mit der sofortigen Einleitung und Aufnahme der Arbeiten bei 65 Güterwegen, 30 Umlegungen (agrarisches Operationen), 36 Bach- und Flußregulierungen, über 100 Wildbach- und Lawinenerosionen und einer großen Anzahl Ent- und Bewässerungen in allen Teilen

Die Landesstelle VI des Deutschen Roten Kreuzes, die neben den Gauen Westfalen, Nord- und Süd- und auch die Gauen Elben, Düsseldorf und einen Teil des Gau West-Ems umfaßt, konnte dem geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, SS-Brigadeführer Dr. Grawitz, melden, daß der organisatorische Aufbau, der durch Gesetz vom 9. Dezember 1937 in seinen genauen Einzelheiten festgelegt worden war, durchgeführt ist. Der Abschluß dieser schwierigen und langwierigen Arbeit war Anlaß einer eindrucksvollen Großkundgebung am 18. Mai der Landesstelle VI, in der Gaubauhauptstadt Münster, die am Mittwoch nachmittag stattfand.

Schon am Vortag wurden bei verschiedenen Arbeitstagen die Kreisführer und Mitarbeiter über ihre besonderen Aufgaben unterrichtet, den Höhepunkt des Tages aber bildete die Kundgebung in der Stadthalle. Vorher war der geschäftsführende Präsident, SS-Brigadeführer Dr. Grawitz, vom Landesführer VI, Gauleiter Reichshaltbinder Dr. Meyer, empfangen worden, nachdem er auf dem Domplatz die Fronten der

Landesstelle VI, Gauleiter und Reichshaltbinder Dr. Meyer, besuchte, neben allen, die in dieser Kundgebung kamen und die in der Arbeit des Roten Kreuzes tätig sind, unter dem Appell des Führers, das Deutsche Rote Kreuz zu einhelligem und einmütigen Entschluß, das es keine bedeutenden Aufgaben erfüllen kann, die ihm gestellt sind. Dabei erinnerte Gauleiter Dr. Meyer an die Tätigkeit des Roten Kreuzes im Krieg, der mancher Frontkämpfer seine Gesundheit und sein Leben verlor. Welche hohe Bedeutung der Führer selbst dem Rote Kreuz beilegt, geht daraus hervor, daß er die Rote-Kreuz-Arbeit als selbstlos dienend an Volk und Vaterland kennzeichnet, der zu stetigem Einsatz bereit sei.

Der Landesführer VI umschließt dann die Ziele, die seine Führung im Bereich der Landesstelle VI gestellt habe. Vordringlichste sei anzustreben, daß alle Kräfte, die im Rote Kreuz wirken und wirken wollen, Nationalsozialisten sind. Nationalsozialisten der Tat und Überzeugung. Die Idee des Nationalsozialismus ist die Kräfte, die notwendig sind, gewaltige Aufgaben zu erfüllen. Die Organisation ist nicht Selbstzweck, sondern der Anknüpfung der Kräfte am deutschen Volk. Dieser Dienst am deutschen Volk aber ist Sozialismus der Tat, der eine selbstlose Einsatzbereitschaft kennt, und er ist politisches Engagement. Eine irgendwie geartete konfessionelle Zersplitterung könne das Rote Kreuz nicht dulden, das dies den Einsatz und die Bereitschaft schwäche. Zudem sei es freigelegt, in sträflichen Dingen seinem Herzen zu folgen, der Nationalsozialist achte jede religiöse Überzeugung, die aus innerer Überzeugung komme, der Nationalsozialist müsse aber fordern, daß in allen weltlichen Dingen die Gemeinschaft des deutschen Volkes ausschlaggebend sei. In sträflichen Dingen könne jeder dem unterordnen, dem er dienen wolle, in allen deutschen Dingen aber gebe es nur einen Führer, und der heiße Adolf Hitler. (Lebte Zustimmung.)

Landesführer VI, Gauleiter Dr. Meyer, führte die Arbeit der Unterstützung und Mithilfe der Partei zu. Engste Zusammenarbeit mit allen Dienststellen der Bewegung werde den vollen Erfolg verbürgen. Mit der Wehrmacht werde ebenfalls die bisher schon bestehende Zusammenarbeit noch enger gestaltet werden, auch die Behörden des Staates werden dem Rote Kreuz weitgehend zur Verfügung stehen. Die Pflicht der Männer und Frauen des Roten Kreuzes aber sei es, dafür zu sorgen, daß der Gedanke der Rote-Kreuz-Arbeit immer tiefer ins Volk hineingetragen werde, damit jeder für ihn gewonnen wird. Da eine wirkliche Erfüllung der Aufgaben des Roten Kreuzes nur möglich sei, wenn alle aktiven Kräfte in der Organisation aus der nationalsozialistischen Idee heraus handeln, müßte durch geeignete Schulung erreicht werden, daß das nationalsozialistische Gedankengut selbstverständliches Eigentum eines jeden Mannes und einer jeden Frau im Deutschen Rote Kreuz ist.

Gauleiter Dr. Meyer würdigte die Verdienste der früheren Organisationen des Deutschen Roten Kreuzes, ihr loyales Wirken in den bitteren Jahren des Weltkrieges und ihre Tätigkeit in den Jahren bis zur Umwandlung, die durch Gesetz vom 9. Dezember vorigen Jahres erfolgt sei. Nach diesem Gesetz sei im Bereich der Landesstelle VI der Neuaufbau erfolgt, 102 Kreis-

Der von den österreichischen Stellen beschleunigt durchzuführende Plan sieht auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft und Landeskultur in allen ehemaligen Bundesländern Österreichs zahlreiche Schutz- und Regulierungsarbeiten an Gewässern, Wildbach- und Lawinenerosionen, Ent- und Bewässerungen, Wasserversorgungsanlagen ländlicher und kleiner städtischer Gemeinden, Umlegungen und den Bau von Alpenaufstiegen, Auftriebs- und Güterwegen vor. Um dem Lande Österreich, seinen ehemaligen Bundesländern, den Gemeinden, den Bauern und Landwirten die Durchführung dieser auf Jahre sich erstreckenden Arbeiten zu erleichtern, hat das Reich zur Verstärkung der österreichischen Haushaltsmittel folgende Beihilfen bereitgestellt:

1. Für Verbindungswege von den Berghöfen 6,33 Millionen RM.
2. Für Abführung von Dienstbarkeiten auf Wald und Weide (agrarisches Operationen) 1 Million RM.
3. Für Meliorationen einschließlich Wildbachregulierungen 14 Millionen RM.

Mit der sofortigen Einleitung und Aufnahme der Arbeiten bei 65 Güterwegen, 30 Umlegungen (agrarisches Operationen), 36 Bach- und Flußregulierungen, über 100 Wildbach- und Lawinenerosionen und einer großen Anzahl Ent- und Bewässerungen in allen Teilen

Die Landesstelle VI des Deutschen Roten Kreuzes, die neben den Gauen Westfalen, Nord- und Süd- und auch die Gauen Elben, Düsseldorf und einen Teil des Gau West-Ems umfaßt, konnte dem geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, SS-Brigadeführer Dr. Grawitz, melden, daß der organisatorische Aufbau, der durch Gesetz vom 9. Dezember 1937 in seinen genauen Einzelheiten festgelegt worden war, durchgeführt ist. Der Abschluß dieser schwierigen und langwierigen Arbeit war Anlaß einer eindrucksvollen Großkundgebung am 18. Mai der Landesstelle VI, in der Gaubauhauptstadt Münster, die am Mittwoch nachmittag stattfand.

Schon am Vortag wurden bei verschiedenen Arbeitstagen die Kreisführer und Mitarbeiter über ihre besonderen Aufgaben unterrichtet, den Höhepunkt des Tages aber bildete die Kundgebung in der Stadthalle. Vorher war der geschäftsführende Präsident, SS-Brigadeführer Dr. Grawitz, vom Landesführer VI, Gauleiter Reichshaltbinder Dr. Meyer, empfangen worden, nachdem er auf dem Domplatz die Fronten der

Ehrenformationen abgemarschiert hatte. Nach dem Empfang durch den Gauleiter erfolgte die Begrüßung durch die Stadt Münster. Die im städtischen alten Friedenssaal vor sich findende Kundgebung wurde von der feierlichen Rede über den heiligen Empfangsbesuch des Reiches und der sich dann in das Goldene Buch der Stadt Münster eintrug.

Die Kundgebung in der Stadthalle

hatte aus dem ganzen Bereich der Landesstelle VI die Kreisführer und zahlreiche Mitarbeiter des Roten Kreuzes vereint. Zu ihnen kamen die Gäste aus Partei, Staat, Wehrmacht, Wirtschaft und Wissenschaft ein. Die Stadthalle war gefüllt mit den Fahnen und Zeichen des Deutschen Roten Kreuzes geschmückt. Nach dem Landesführer VI, Gauleiter Dr. Meyer, mit SS-Brigadeführer Dr. Grawitz und den übrigen Gästen empfangen war, eröffnete das städtische Orchester unter Leitung des Generalmusikdirektors Hans Rosbaud die Kundgebung mit dem Vortrag der Leonoren-Ouvertüre 2.

Schwartzkopf zählt, leugnet einfach das Vorhandensein von Oppositionsparteien, sie sieht nur das „geinigte Volk“, anderes existiert für sie nicht. Die andere Gruppe, an deren Spitze sich der Bisepremierminister Kutowski stellt, hat, nennt dieses Verhalten Bogel-Strouß-Politik und nimmt die Parteien als Realitäten, sogar als beachtliche und politisch nicht einfach umzubringende Realitäten; deshalb müßte man sich mit ihnen verständigen. Oder, wie Kutowski das in einer Rede in Katowitz bezeichnete, man müßte versuchen, mit ihnen eine Zusammenarbeit herzustellen.

Nun aber gibt es unter den Oppositionsparteien eine Rechte und eine Linke, demgemäß zwei Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit rechts oder links. So ist also der „Ozon“ leinzeit in zwei Gruppen auseinandergefallen. Die Linkselemente, die „Naprawa“, scheinen gegenwärtig das Best in die Hand bekommen zu haben. Dabei auch die Gesellin zahlreicher Abgeordneter aus dem Reichstag, die mit einer Unschönheit nicht einverstanden sind. Außer dem Lager des Jungen Polen sind es noch andere, die mit großem Eifer das Lager verlassen haben. Es gibt auch Blätter, wie den konfessionellen „Gaz“, die einfach nicht mehr mitmachen. Die margitischen Blätter nehmen diese Entwicklung mit lautem Jubel auf, sie leben bereits ihren Weisen wieder blühen und träumen von der Wiederaufrichtung der Demokratie im alten Sinne. In diesem Zusammenhang ist die Rückkehr des ehemaligen Ministerpräsidenten Bartel in die Politik durch seine Ernennung zum Senator durch den Staatspräsidenten vielfach dahin gedeutet worden, daß er dazu berufen sei, ähnlich wie zu Vilschitz Zeiten, einen etwas demokratischeren Betrieb anzukurbeln und vielleicht sogar Neuwahlen nach einem neuen Wahlsystem in die Wege zu leiten. Was allerdings für Vilschitz nur Mittel zum Zweck war, könnte bei konsequenter Durchführung der letzten Entwicklung auf Bahnen führen, die sich von der Ideologie Vilschitz weit entfernen. Nach oder berufen sich alle Gruppen innerhalb des „Ozon“ ebenso wie die Oberengruppe, die heute schmolend beileide steht, darauf, das Erbe des Ersten Reichstags zu verwalten.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Bg. wöchentlich. Durch Boten 2,20 RM. monatlich, einschließlich 0,25 RM. Botenlohn. Durch die Post 2,20 RM. ein Hl. 0,38 RM. Postgebühren, auswärts 0,42 RM. Beleglohn. 2,52 RM. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Wende-Zeitungen 6,10 RM. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 RM. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realhaustraße 14, Fernsprecher 3247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinkperloer Straße 55 (L. Florad), Burloer Weg 2 (G. Rötten). Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sacklenstraße 69 (S. Kallotte), Gellenaustraße 85 (S. Querbach), Potsdamstraße 3 (M. Doves).

des Landes ist begonnen. Diese Unternehmungen ermöglichen in großem Maße die Beschäftigung bisher erwerbsloser Volksgenossen und den Einsatz des Reichsarbeitssystems.

Die Arbeitslosigkeit in Voralberg um 62 v. H. gesunken.

Statt Arbeitsmangel bald Mangel an Arbeitskräften

DNB München, 18. Mai.

Nationalsozialistische Arbeitsleistungen, die die Macht haben der österreichischen Systemregierungen zuzuschreiben, zu leugnen versuchen, sind seit dem Anschluß der uralten Ostmark des Reiches, nun auch in Österreich möglich geworden. Versprechungen und Ankündigungen, die früher nur leere Phrasen blieben, werden durch den Nationalsozialismus ohne viel Aufhebens durchgeführt und in gesteigertem Ausmaße verwirklicht.

So betrug in den Tagen der nationalsozialistischen Erhebung in Voralberg die Zahl der unterfertigten Arbeitslosen 5078. Diese Zahl ist bis heute auf 1909 zurückgegangen. Unter Berücksichtigung gleicher Zählungsgrundlagen bedeutet sie einen Rückgang um 62 v. H. innerhalb eines Zeitraumes von zwei Monaten nationalsozialistischer Wirkens. Dabei wurden aber auch die Ausgesessenen und die Jugendlichen inzwischen in die Kraftanstrengung einbezogen. Bedeutet man, daß die Durchführung der großen Bauvorhaben in Voralberg erst im Anfangsstadium steht, dann wird es klar, daß auch hier in kürzester Zeit in einzelnen Berufsgruppen ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften eintreten wird.

Der Geschäftsführer der Landesstelle VI, Ga. Wem. hörer, entbot den Gästen und Kameraden des Roten Kreuzes den Gruß und bei Gauleiter Dr. Meyer.

Die Vereidigung der Kreisführer

Die Landesführer VI, Gauleiter und Reichshaltbinder Dr. Meyer, besuchte, neben allen, die in dieser Kundgebung kamen und die in der Arbeit des Roten Kreuzes tätig sind, unter dem Appell des Führers, das Deutsche Rote Kreuz zu einhelligem und einmütigen Entschluß, das es keine bedeutenden Aufgaben erfüllen kann, die ihm gestellt sind. Dabei erinnerte Gauleiter Dr. Meyer an die Tätigkeit des Roten Kreuzes im Krieg, der mancher Frontkämpfer seine Gesundheit und sein Leben verlor. Welche hohe Bedeutung der Führer selbst dem Rote Kreuz beilegt, geht daraus hervor, daß er die Rote-Kreuz-Arbeit als selbstlos dienend an Volk und Vaterland kennzeichnet, der zu stetigem Einsatz bereit sei.

Der Landesführer VI umschließt dann die Ziele, die seine Führung im Bereich der Landesstelle VI gestellt habe. Vordringlichste sei anzustreben, daß alle Kräfte, die im Rote Kreuz wirken und wirken wollen, Nationalsozialisten sind. Nationalsozialisten der Tat und Überzeugung. Die Idee des Nationalsozialismus ist die Kräfte, die notwendig sind, gewaltige Aufgaben zu erfüllen. Die Organisation ist nicht Selbstzweck, sondern der Anknüpfung der Kräfte am deutschen Volk. Dieser Dienst am deutschen Volk aber ist Sozialismus der Tat, der eine selbstlose Einsatzbereitschaft kennt, und er ist politisches Engagement. Eine irgendwie geartete konfessionelle Zersplitterung könne das Rote Kreuz nicht dulden, das dies den Einsatz und die Bereitschaft schwäche. Zudem sei es freigelegt, in sträflichen Dingen seinem Herzen zu folgen, der Nationalsozialist achte jede religiöse Überzeugung, die aus innerer Überzeugung komme, der Nationalsozialist müsse aber fordern, daß in allen weltlichen Dingen die Gemeinschaft des deutschen Volkes ausschlaggebend sei. In sträflichen Dingen könne jeder dem unterordnen, dem er dienen wolle, in allen deutschen Dingen aber gebe es nur einen Führer, und der heiße Adolf Hitler. (Lebte Zustimmung.)

Landesführer VI, Gauleiter Dr. Meyer, führte die Arbeit der Unterstützung und Mithilfe der Partei zu. Engste Zusammenarbeit mit allen Dienststellen der Bewegung werde den vollen Erfolg verbürgen. Mit der Wehrmacht werde ebenfalls die bisher schon bestehende Zusammenarbeit noch enger gestaltet werden, auch die Behörden des Staates werden dem Rote Kreuz weitgehend zur Verfügung stehen. Die Pflicht der Männer und Frauen des Roten Kreuzes aber sei es, dafür zu sorgen, daß der Gedanke der Rote-Kreuz-Arbeit immer tiefer ins Volk hineingetragen werde, damit jeder für ihn gewonnen wird. Da eine wirkliche Erfüllung der Aufgaben des Roten Kreuzes nur möglich sei, wenn alle aktiven Kräfte in der Organisation aus der nationalsozialistischen Idee heraus handeln, müßte durch geeignete Schulung erreicht werden, daß das nationalsozialistische Gedankengut selbstverständliches Eigentum eines jeden Mannes und einer jeden Frau im Deutschen Rote Kreuz ist.

Gauleiter Dr. Meyer würdigte die Verdienste der früheren Organisationen des Deutschen Roten Kreuzes, ihr loyales Wirken in den bitteren Jahren des Weltkrieges und ihre Tätigkeit in den Jahren bis zur Umwandlung, die durch Gesetz vom 9. Dezember vorigen Jahres erfolgt sei. Nach diesem Gesetz sei im Bereich der Landesstelle VI der Neuaufbau erfolgt, 102 Kreis-

führer Runden nunmehr bereit, diesen Neuaufbau bis in die letzten Teile des Roten Kreuzes durchzuführen. Sie würden Männer für diese Aufgaben einsehen, die unbedingt auf dem Boden des Nationalsozialismus stünden, sie würden aber auch die wertvollen Kräfte der früheren Organisation beibehalten, die sich zu der Neuordnung und damit auch zu den neuen Aufgaben des Roten Kreuzes befähigen.

Von den 102 Kreisführern waren in der Rundgebung 88 Kreisführer zugegen, die nunmehr vom Landesführer VI. Gausleiter und Reichsleiter Dr. Meyer, feierlich vereidigt wurden. Sie sprachen ihm die Eidesformel nach und schworen Treue dem Führer des Reiches und Volkes, Adolf Hitler, und sie gelobten Gehorsam und Pflichterfüllung in der Arbeit des Roten Kreuzes nach den Befehlen der Vorgesetzten. Diesen Eid bekräftigten sie durch das Wort: So wahr mir Gott helfe!

Der Sinn der Neuordnung.

SS-Brigadeführer Dr. Grawitz, der im Auftrag des Führers als geschäftsführender Präsident des Deutschen Roten Kreuzes neu aufbaute, gab in grundsätzlichen Ausführungen zum ersten Male hier in Münster vor den Kameraden des Roten Kreuzes Aufschluss über Sinn und Bedeutung dieser Neuorganisation und über die Ziele und Aufgaben des nunmehr vereinstellenden Deutschen Roten Kreuzes. Dabei zeigte er kurz auf, weshalb eine Neuordnung erfolgen mußte. Die Organisationsform des früheren Verbandes, die nicht weniger als rund 9000 selbständige Einzelvereine umfaßte, mußte dem Prinzip der autoritären Führung weichen, wenn sie überhaupt noch lebensfähig und einsatzfähig bleiben sollte. Die Neuordnung habe die Umwandlung gebracht. Zum zweiten mußte die Neuordnung das Deutsche Rote Kreuz von den überkommenen, an sich fremden Aufgaben abheben und zu den ursprünglichen Bestimmungen und Aufgaben wieder hinführen, wie sie in der Genfer Konvention festgelegt sind.

Der Redner ging dann des näheren auf das Verhältnis des Roten Kreuzes zu Partei und Mehrmacht ein. Darauf sei auch die Neuorganisation aufgebaut worden. Die bisherigen männlichen Sanitätskolonnen bleiben bestehen, doch werden sie umbenannt in Bereitschaften. Zu ihnen gesellen sich die weiblichen Bereitschaften, die Band in Band arbeiten und eine neue Gemeinschaft als Einheitsgemeinschaft bilden. Über ihnen steht der Reichsführer als verantwortliche Stelle, während der Landesführer autoritär über den Kreisführer steht. Ein männliches oder weibliches Rotes Kreuz gibt es nicht mehr, ebenso ist eine klare Arbeitsteilung vorgenommen worden zwischen Rote-Kreuz-Schwämmern und Braunen Schwämmern, die ja die Aufgabe der Volkspflege übernommen haben.

Als freiwillige Organisation, die grundsätzlich nicht als NS-Gliederung ausgerichtet worden sei, brauche das Rote Kreuz einen anderen und begreifbaren Grundgedanken. In ihm sei der Grundgedanke der Schaffung der neuen Schwingen nicht auf politischer Ideologie aufzubauen. Die neuen Bereitschaften seien auf der Erde und dem Welt. Die Schwingen in Verbindung mit dem inneren Gott geschaffen. Gefordert werde eine ideale Kameradschaft und kameradschaftliches Verhältnis zur Wehrmacht und den Parteiorganisationen.

Der Redner schilderte dann, wie er in einer Unterredung mit dem Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes auf dessen Verständnis für die neuen Ideale des Deutschen Roten Kreuzes gestoßen sei. Es werde auf diese Weise vermieden, daß diese Organisation von ihrem eigentlichen Aufgabenbereich abgedrängt werde und die Gefahr entstehe, daß sie wegen Fehlens einer tragenden Idee eines Tages altern und zugrunde gehen müsse. Zum Schluß kam der Redner dann noch auf die legendäre Tätigkeit zurück, die das Rote Kreuz sich auf den Schlachtfeldern im letzten Jahrhundert erworben habe. Während in früheren Kriegen ein großer Prozentsatz der Verluste an Menschenleben nicht nur durch die Waffen selbst, sondern auch durch die Verwundungen, die durch die Einwirkung eines guten Sanitätsdienstes beseitigt werden konnten, sei dies heute anders. Heute habe die Tätigkeit der Männer und Frauen vom Rote Kreuz mit dem größten Anteil gehabt.

Zum ersten Male in der Geschichte des Roten Kreuzes wurde dann eine Fahnenweihe vorgenommen. 12 Fahnen, die den Sozialismus, aber mit dem Sonnenzeichen auf der Brust trugen, wurden vom Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, SS-Brigadeführer Dr. Grawitz, mit einem Fahnenbruch geweiht und den einzelnen Abteilungen übergeben. Mit dem Niederlegen der Fahnen schloß die Feier.

Die deutsch-ungarische Freundschaft.

DNB Berlin, 18. Mai.

Der neue königlich-ungarische Ministerpräsident Bela von Tisza hat den Führer und Reichsleiter telegraphisch von seiner Ernennung in Kenntnis gesetzt und hierbei die traditionelle Freundschaft beider Länder hervorgehoben.

Der Führer und Reichsleiter hat in seinem Antworttelegramm dem Ministerpräsidenten des Königreichs Ungarn zum Antritt seines hohen Amtes beglückwünscht und in gleichem Sinne die deutsch-ungarische Freundschaft betont.

Staatssekretär Tassinari bei Darré.

DNB Berlin, 18. Mai.

Anlässlich seiner Einladung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Reichsleiter Dr. Walther Darré, erfolgenden Besichtigungsjahrt durch Deutschland besuchte der Staatssekretär des italienischen Landwirtschaftsministeriums, Prof. Tassinari, am Mittwochvormittag den Reichsernährungsminister in den Räumen seines Ministeriums. An der sehr ausführlichen Unterredung, die in den nächsten Tagen fortgesetzt wird, nahmen auch die engeren Mitarbeiter des Reichsministers, die Staatssekretäre Bode und Willens, der Reichsbeamte des Reichsministeriums Behrens und Ministerialdirektor Dr. Walther teil.

Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler 40 Jahre alt.

DNB München, 18. Mai.

Der Reichshauptamtsleiter in der Reichspressestelle der NSDAP, Dr. Adolf Dresler, vollendet am 18. Mai sein 40. Lebensjahr. Dr. Dresler ist Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, nahm am Aufstand vom 9. November 1923 teil und gehört zu den ältesten Schriftleitern der nationalsozialistischen Bewegung. Er ist der dienstälteste Angehörige der Reichspressestelle der NSDAP.

Dr. Dresler hat den Weltkrieg als junger Kriegsvollwäger mitgemacht und eine schwere Verwundung davongetragen. Er hat sich besonders um die deutsch-italienischen Beziehungen verdient gemacht und ist durch eine Reihe von Schriften über die italienische Presse und durch Übersetzungen hervorgetreten.

Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler wurde zu seinem 40. Geburtstag mit zahlreichen Ehrungen und Glückwünschen bedacht. Der Führer übermittelte Dr. Dresler telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche.

Italiens Vorbedingungen.

Einsetzung der französischen Lieferungen an Norwegen und Lissabon Frankreichs gefordert.

An die Pariser Adresse.

DNB Rom, 18. Mai.

Die italienische Presse behandelt ausgehend von der Rede des Duce in Genua das französisch-italienische Verhältnis.

„Corriere della Sera“ schreibt, Mussolini habe mit einer Aufrichtigkeit gesprochen, die die feierlichsten Traditionen des diplomatischen Spielers energisch durchbrechen. Die Franzosen dürften sich nicht darüber wundern, wenn Mussolini als Vorbedingung für einen Fortschritt der laufenden Verhandlungen die Einstellung der ungeheuren und skandalösen Lieferungen Frankreichs an Spanien gefordert habe. Man verlange von Frankreich ein Mindestmaß von Loyalität, wenn es mit dem französischen Italien zu irgendeinem Abschluß kommen wolle.

„Gazzetta del Popolo“ erklärt, Frankreich schwänze seit Jahren zwischen der Sache der Ordnung und der des Umsturzes, zwischen der Sache der Zivilisation und der der Barbarei, zwischen dem Guten und dem Bösen. Es sei jener Augenblick, praktisch neige es jedoch zur letzteren. Nun sei es höchste Zeit, daß Frankreich zu seinem eigenen und zum Wohle des Friedens Europas aus seinem Schwanken herausgehe und endlich offen und loyal seinen Platz und seine Verantwortung übernehme. Klar sei, daß mit einem Frankreich, das sich aufrichtig in Spanien und anderswo für Verteidigung der Ordnung und der europäischen Zivilisation einsetze, Abmachungen und Freundschaften geschlossen werden könnten. Mit einem Frankreich aber, das Verbündeter der gegen Rom und Europa gerichteten Barbarei sei, erscheine dies nicht möglich.

„Tribuna“ erklärt, daß, wenn sich französische Blätter bummeln wollten, indem sie behaupten, daß Frankreich nicht den Sieg Barcelonas wünsche, dieser Vorwurf unbegründet sei. Wenn aber diese Blätter die Absicht hätten, zu scherzen, so müßte man betonen, daß Italien da nicht mehr mitmachen.

Nicht nur weite französische Kreise, sondern sogar verantwortliche Minister hätten an der Seite Sowjetrusslands von Anfang an gemäß Moskau.

Spanks Reformpläne.

„Das belgische Regime nur noch eine Karikatur einer Demokratie.“

DNB Brüssel, 18. Mai.

In der belgischen Kammer wurde am Mittwoch die Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt. Ministerpräsident Spaak äußerte in einer längeren Rede u. a., daß er den großen sozialen Idealen treu bleibe, aber nicht den Klassenkampf vertrete. In den entscheidenden innerbelgischen Fragen wie in der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und der demokratischen Verfassung seien sich über 90 Prozent aller Belgier vollkommen einig.

Der Ministerpräsident unterstrich dann die Bedeutung seiner Reformpläne für Regierung und Parlament. Der Parlamentarismus in Belgien wolle schwereängel auf, die beseitigt werden müßten. Er erstrebe daher eine „autoritäre Demokratie“, die der Verantwortungslosigkeit der Minister und Parlamentarier ein Ende mache. Das belgische Regime sei in letzter Zeit nur noch eine Karikatur einer Demokratie gewesen.

Der flämische nationalsozialistische Abgeordnete Borginon bedauerte es, daß die Regierungserklärung keine völlige Klarheit über die belgische Außenpolitik gebe. Auf der Basis der in Genf habe der belgische Vertreter eine festeren Haltung eingenommen, indem er sich bei der Abstimmung über die von den spanischen Bolschewisten geforderte Aufhebung der Nichteinmischung der Stimme enthalten habe, während England und Frankreich gegen dieses Verlangen gestimmt hätten. Belgien Stellungnahme ermede den Anschein einer ganz neuartigen Orientierung der belgischen Außenpolitik. Was das flämische Problem betreffe, so müsse die Regierung endlich einsehen, daß es sich weniger um eine Sprachenfrage als um eine Nationalitätenfrage handle. Die Ruhe werde in Belgien nicht eher eintreten, solange nicht ein Staat geschaffen sei, in dem Flamen und Wallonen die volle Selbständigkeit und Selbstregierung besäßen. In dieser Hinsicht habe die flämische Frage eine gewisse Ähnlichkeit mit dem tschechoslowakischen Minderheitenproblem.

Die Chinesen auf dem Rückzug

Suetschau von den Japanern umklammert.

DNB Shanghai, 18. Mai.

An der Lunghai-Front ist die Lage der Chinesen weiterhin ernst. Mehrere chinesische Gegenangriffe wurden von den Japanern abgelehnt. Im Laufe des Dienstes sind die Japaner vom Südbahnhof, Westen und Norden bis auf 15 km an Suetschau herangekommen und haben die Stadt halb kreisförmig eingegeben. Für den Rückzug steht den Chinesen nur noch der Weg nach Osten und Südosten offen. Der gefährlichste Punkt der chinesischen Verteidigung ist der Raum südwestlich Suetschau, wo eine japanische Panzerdivision, deren überraschender Einsatz auf der Hauptfront des bisherigen Kampfesverlaufs zugunsten ist, zu immer neuen Durchbruchversuchen ansetzt.

Die japanische Artillerie, die nach Erklärung der chinesischen Befehlshaber von den Westbergen dort aufgeschossen war, besetzt die Stadtmauern von Suetschau und die Stadt selbst mit schwerer Feuer, um sie kurzzeitig zu zerstören. Das Feuer dauert vorläufig noch an. Die Japaner rechnen damit, daß die Stadt erst in einigen Tagen fallen wird.

Nach Fliegermeldungen liegen auf der gesamten Strecke der Lunghai-Bahn 76 chinesische Transportzüge still, die infolge der Unterbrechung der Lunghai-Bahn an sechs Stellen demungangsfähig sind. Gleichzeitig wird der Abmarsch

starker chinesischer Kräfte, die auf 100 000 Mann geschätzt werden, von Suetschau aus in südöstlicher Richtung gemeldet.

Die Chinesen meiden die Entscheidung

Rückzug unter hinhaltenden Kämpfen.

DNB Tokio, 18. Mai.

Nach den letzten Frontberichten und Beurteilungen in japanischen Kreisen scheint sich die chinesische Armee unter hinhaltenden Kämpfen allmählich aus dem Abschnitt der Lunghai-Bahn südlich und östlich von Suetschau nach Osten und Südosten zurückziehen zu wollen. Mit dem erwarteten Durchbruchversuch in südwestlicher Richtung gegen die Bahnlinie Peking-Suantau ist also vorläufig nicht zu rechnen. Man nimmt an, daß sich die von Westen und Südwesten gegen Suetschau angelegte japanische Offensive, die ursprünglich mit einem starken Überhand des zahlenmäßig überlegenen Gegners zu rechnen hatte, allmählich in Einzelaktionen auflöst, in deren Verlauf die Einnahme des langumkämpften Suetschau zu erwarten ist. Es bleibt weiter die Frage offen, ob sich die chinesische Armee südlich der Lunghai-Bahn und östlich der Tientsin-Peking-Bahn erneut zum Kampf stellen wird, oder ob sie unter Umgehung des japanischen rechten Flügels den Durchbruch in südwestlicher Richtung auf Suantau versucht. Man hält es daher für möglich, daß neue Entwürfe im Raum nördlich und nordöstlich von Nan-tung bevorstehen.

Reichs- und Preussische Minister“ durch die Bezeichnung „Reichsminister“ ersetzt werden. Dies gilt für die Unterzeichnung der Rechtsnormen des Reichs, bei denen bisher schon so verfahren wurde, für die Urkunden über die Ernennung der Beamten und die Bezeichnung der Beamtenverhältnisse und für die Bezeichnung in Siegeln und Briefköpfen. Lediglich in rein persönlichen Angelegenheiten, also bei der Unterzeichnung preussischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und bei der Ernennung von preussischen Beamten soll wie bisher die Bezeichnung lauten „Reichs- und Preussische Minister“.

Die Schuld der tschechoslowakischen Polizei bestätigt.

DNB Prag, 18. Mai.

Wie aus verläufiger Quelle verlautet, wurde im Zusammenhang mit den gemeldeten Zusammenstößen am 1. Mai in Troppau, wo ein tschechoslowakischer Rechtsanwalt von tschechoslowakischen Polizeibeamten lebensgefährlich verletzt wurde, der Kommandant der uniformierten Sicherheitskräfte in Troppau nach Prag verlegt. Zwei weitere Organe der Troppauer Polizei wurden vom Dienst suspendiert, gegen

Reichs- und Preussische Minister“ durch die Bezeichnung „Reichsminister“ ersetzt werden. Dies gilt für die Unterzeichnung der Rechtsnormen des Reichs, bei denen bisher schon so verfahren wurde, für die Urkunden über die Ernennung der Beamten und die Bezeichnung der Beamtenverhältnisse und für die Bezeichnung in Siegeln und Briefköpfen. Lediglich in rein persönlichen Angelegenheiten, also bei der Unterzeichnung preussischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und bei der Ernennung von preussischen Beamten soll wie bisher die Bezeichnung lauten „Reichs- und Preussische Minister“.

Reichs- und Preussische Minister“ durch die Bezeichnung „Reichsminister“ ersetzt werden. Dies gilt für die Unterzeichnung der Rechtsnormen des Reichs, bei denen bisher schon so verfahren wurde, für die Urkunden über die Ernennung der Beamten und die Bezeichnung der Beamtenverhältnisse und für die Bezeichnung in Siegeln und Briefköpfen. Lediglich in rein persönlichen Angelegenheiten, also bei der Unterzeichnung preussischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und bei der Ernennung von preussischen Beamten soll wie bisher die Bezeichnung lauten „Reichs- und Preussische Minister“.

Reichs- und Preussische Minister“ durch die Bezeichnung „Reichsminister“ ersetzt werden. Dies gilt für die Unterzeichnung der Rechtsnormen des Reichs, bei denen bisher schon so verfahren wurde, für die Urkunden über die Ernennung der Beamten und die Bezeichnung der Beamtenverhältnisse und für die Bezeichnung in Siegeln und Briefköpfen. Lediglich in rein persönlichen Angelegenheiten, also bei der Unterzeichnung preussischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und bei der Ernennung von preussischen Beamten soll wie bisher die Bezeichnung lauten „Reichs- und Preussische Minister“.

Reichs- und Preussische Minister“ durch die Bezeichnung „Reichsminister“ ersetzt werden. Dies gilt für die Unterzeichnung der Rechtsnormen des Reichs, bei denen bisher schon so verfahren wurde, für die Urkunden über die Ernennung der Beamten und die Bezeichnung der Beamtenverhältnisse und für die Bezeichnung in Siegeln und Briefköpfen. Lediglich in rein persönlichen Angelegenheiten, also bei der Unterzeichnung preussischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und bei der Ernennung von preussischen Beamten soll wie bisher die Bezeichnung lauten „Reichs- und Preussische Minister“.

Reichs- und Preussische Minister“ durch die Bezeichnung „Reichsminister“ ersetzt werden. Dies gilt für die Unterzeichnung der Rechtsnormen des Reichs, bei denen bisher schon so verfahren wurde, für die Urkunden über die Ernennung der Beamten und die Bezeichnung der Beamtenverhältnisse und für die Bezeichnung in Siegeln und Briefköpfen. Lediglich in rein persönlichen Angelegenheiten, also bei der Unterzeichnung preussischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und bei der Ernennung von preussischen Beamten soll wie bisher die Bezeichnung lauten „Reichs- und Preussische Minister“.

Reichs- und Preussische Minister“ durch die Bezeichnung „Reichsminister“ ersetzt werden. Dies gilt für die Unterzeichnung der Rechtsnormen des Reichs, bei denen bisher schon so verfahren wurde, für die Urkunden über die Ernennung der Beamten und die Bezeichnung der Beamtenverhältnisse und für die Bezeichnung in Siegeln und Briefköpfen. Lediglich in rein persönlichen Angelegenheiten, also bei der Unterzeichnung preussischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und bei der Ernennung von preussischen Beamten soll wie bisher die Bezeichnung lauten „Reichs- und Preussische Minister“.

Reichs- und Preussische Minister“ durch die Bezeichnung „Reichsminister“ ersetzt werden. Dies gilt für die Unterzeichnung der Rechtsnormen des Reichs, bei denen bisher schon so verfahren wurde, für die Urkunden über die Ernennung der Beamten und die Bezeichnung der Beamtenverhältnisse und für die Bezeichnung in Siegeln und Briefköpfen. Lediglich in rein persönlichen Angelegenheiten, also bei der Unterzeichnung preussischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und bei der Ernennung von preussischen Beamten soll wie bisher die Bezeichnung lauten „Reichs- und Preussische Minister“.

Die Kabinettsumbildung in London.

Mit rascher Geschwindigkeit hat der englische Ministerpräsident Chamberlain die Kabinettsumbildung durchgeführt, die seit dem Donnerstag der vergangenen Woche zum Hauptgegenstand aller innenpolitischen Unterhaltungen in London geworden war und im übrigen auch in Europa lebhaft erörtert wurde. Die Notwendigkeit einer Kabinettsumbildung wurde durch die stimungsmäßige Niederlage ausgelöst, die die Regierung am Donnerstag erlitt und deren Hintergrund die heftigen Angriffe auf den bisherigen Luftfahrtminister Lord Swinton waren. Die Vorwürfe gegen Lord Swinton waren teils persönlicher Art, zu einem großen Teil aber konzentrierten sie sich in einer wachsenden Kritik an seiner Arbeit im Luftfahrtministerium. Natürlich spielte in diesem Zusammenhang die Tatsache eine Rolle, daß Lord Swinton keine Möglichkeit hatte, vor dem Unterhaus zu erscheinen und persönlich der Opposition gegenüberzutreten.

Zur Klärung der Lage ist der in solchen Fällen oft übliche Weg beschritten worden, indem Lord Swinton von sich aus seinen Rücktritt anbot, der ihm dann in dem Augenblick zugestimmt wurde, als es dem Ministerpräsidenten Chamberlain in zweifellos nicht ganz einfachen Besprechungen gelungen war, einen geeigneten Nachfolger ausfindig zu machen und auch für die übrigen notwendigen gewordenen Neuernungen eine befriedigende Lösung zu finden. Beachtung verdient der Briefwechsel zwischen Chamberlain und Lord Swinton. Der freundliche Wortlaut vor allem des Briefes, den der Ministerpräsident geschrieben hat, ist nicht nur eine Geste der Höflichkeit, sondern eine öffentliche Anerkennung der Leistung des bisherigen Luftfahrtministers, für dessen Arbeit das Kabinett in seiner Gesamtheit die Verantwortung übernimmt. Diese Formulierung läßt bereits Schluß auf die weitere Handhabung der Luftfahrtspolitik auch unter Sir Kingsley Wood zu. Er wird zunächst einmal versuchen, die englische Industrie zu versöhnen, die sich durch das amtliche Interesse am Flugzeugbau in den USA und in Kanada benachteiligt fühlt.

Was die Persönlichkeit des neuen Luftfahrtministers betrifft, so ergibt sich aus unterrichteten Londoner politischen Kreisen, daß er bisher einen zunehmenden Einfluß hinter den Kulissen der Politik gewonnen hat und einer der Hauptstützen Chamberlains gewesen ist, als der Rücktritt Chens spruchreif geworden war. Besondere Beachtung verdient schließlich auch die Betrauung Malcolm Mac Donalds mit dem Amt des Kolonialministers, der er doch durch das Zustandekommen des Irland-Bertrages seine große Fähigkeit bewiesen, die auch in seinem neuen Amt zu gewissen Erwartungen berechtigt, zumal die Kolonialfrage in der internationalen Diskussion zu einem der wichtigsten Themen geworden ist.

DNB London, 18. Mai.

andere wurde ein Disziplinärverfahren eingeleitet. Aus der Tatsache dieser Maßregelung geht klar hervor, daß sich auch die tschechoslowakischen Behörden von der schweren Schuld der Troppauer Polizei überzeugt haben.

Die Polen in der Tschechoslowakei wiederholen ihre Autonomieforderung

DNB Warschau, 18. Mai.

In einer Wahlversammlung des Verbundes der Polen in der Tschechoslowakei in Karwin wurde, wie die polnische Telephonagentur meldet, eine Entschließung angenommen, in der nochmals die Autonomie auf der Grundlage des polnischen nationalen Bewusstseins aus der Zeit vor der Angliederung dieser Gebiete in die Tschechoslowakei gefordert wird. In der Entschließung heißt es weiter: Die Versammelten geloben, für die Autonomieforderung einzutreten, um für die polnische Volksgemeinschaft die volle Gleichberechtigung, volles Lebens- und Entwicklungswort und eine Garantie ihrer Rechte für alle Zeiten durch eine autonome Verfassung auf ethnographisch, sozial, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen.

Mord an einem SS-Wachposten.

1000 RM Belohnung für die Ergreifung der flüchtigen Mörder.

DNB Weimar, 18. Mai.

Die Kriminalpolizei Weimar teilt mit: Wie bereits in einem Teil der Presse bekanntgegeben worden ist, sind folgende Flüchtlinge nach Begehung eines Mordes an einem SS-Wachposten bei Weimar flüchtig geworden: 1. Emil Bargaht, geboren 10. 11. 1901 in Mühlheim-Kruhl, etwa 1,87 m groß, schlank, blaues Gesicht, braune Augen, beseitigte Zähne, kurzgeschorenes Haar. 2. Peter Forster, geboren 15. 8. 1911 in Weisheim, 1,72 m groß, schlank, blaues Gesicht, blaue Augen, Suppenale, vollstehende Zähne, kurzgeschorenes Haar. Bei der Flucht trugen die Täter Gewehr und Pistole, die sie aber inzwischen gewechselt haben können.

Die Nachforschungen nach den beiden Verbrechern waren bisher erfolglos. Der Oberstaatsanwalt als Leiter der Anklagebehörde beim Landgericht Thüringen in Weimar hat für Angaben, die zur Ermittlung und Ergreifung der Mörder führen, eine Belohnung von 1000 Reichsmark ausgesetzt. Die Verteilung der Belohnung erfolgt unter Ausschluss des Rechtsweges. In alle Volksteile gelangt die dringende Bitte, jachdienliche Wahrnehmungen der nächsten Polizei- oder Gendarmeriestation mitzuteilen.

Desertierungen auf dem englischen Kreuzer „Dorsetshire“.

15 Mann kamen nicht wieder.

DNB London, 18. Mai.

Nach einer Meldung aus Hongkong haben 15 Mann der Besatzung des britischen Kreuzers „Dorsetshire“ in verlassenen Häfen Australiens das Schiff verlassen und sind nicht an Bord zurückgekehrt. Da auf der „Dorsetshire“ vor kurzem ein Mord erbeutet worden war, führt man die Desertierungen auf diesen Zwischenfall zurück. Die „Dorsetshire“ ist mittlerweile in Hongkong eingetroffen.

Der Führer an den Präsidenten von Kuba. Der Führer und Reichsleiter hat dem Präsidenten von Kuba zum Unabhängigkeitstage herzlich seine Glückwünsche übermittelt.



Ge Anhol

Nummer 130

Henlein

Dem

Vor einer Juden

Öffentlichung des

Gen

(Von unse

Der geeinte Wi
fende Kraft als aus
auch wenn sie von d
den. Die tschechoslo
langen des Subjekt
längst fälligen
vertretungen
widerstehen, wollte
wenig günstiges Li
einer halben Geste

Für den 22. M

Mai in etwa 600

Wahlen ausgelosch

Eine größere Zahl

Erneuerung der Ge

den. Da es rund 15

let gibt und in me

lionsperiode nach

Wahlabschreibung

nicht mehr als ein

fügung zur Fortdau

das Verlangen nur

hundert von deut

Pläne die Erfüllung

geworden sein. Vor

zung völlig übertra

Wahlverfahren für

Um alle Gemein

Gemeindevertretun

dies nun an allen

unter 18 Jährlin

Aus einer flüchtig

Schritt, das Volk

der unaufhaltbar

als stärker und be

Wahlen im Judent

Die Zusammenk

zum allergrößten

genau zum W

teilungen werden

neuert. Kurz na

die Gemeindevet

kehr erfolgreich

lokalistische Ar

der Deutschen Na

näre dieser Part

meinden die R

dem Parteienau

des Willens der

Tollste aber war,

in den Gemein

den, die von den

Ernannt aber wu

teileragen, die

schlich gegenübe

Sozialdemokraten,

ter Bürgermeister

Wolkewitz war

groteskweise un

die sich rühmt, dem

au geben.

Das war einer

den die Trager

gegenüber jemals

haben die Ge